

Im **Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern (LPBK M-V)** sind zum nächstmöglichen Zeitpunkt drei Stellen als

Sachbearbeiter/-in Planung und IuK-Sicherheit

im Dezernat Planung und Informationssicherheit der Abteilung 2 (Information und Kommunikation) mit Dienstort in Schwerin zu besetzen.

Einstellungsmodalitäten:

Es ist beabsichtigt, die Stelleninhaberin/den Stelleninhaber zur Polizeivollzugsbeamtin/zum Polizeivollzugsbeamten auf Probe im ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 zu ernennen (A 9 Bundesbesoldungsordnung). Bei Vorliegen der laufbahnrechtlichen Voraussetzungen besteht die Möglichkeit der Einstellung im ersten Beförderungsamte der Laufbahngruppe 2 (A 10 Bundesbesoldungsordnung).

Während der dreijährigen Probezeit erfolgen berufsbegleitend polizeifachliche Unterweisungen der Beamtinnen und Beamten an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow. Diese beinhalten u. a. die Vermittlung von Kenntnissen über Aufgaben und Befugnisse des Polizeivollzugsdienstes aus rechtlicher und praktischer Sicht und implizieren die Ausbildung an der Waffe sowie zur Eigensicherung.

In das Beamtenverhältnis auf Probe kann grundsätzlich nur eingestellt werden, wer das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die Bewerberinnen und Bewerber müssen die nach dem Beamtenstatusgesetz und dem Landesbeamtengesetz Mecklenburg-Vorpommern erforderlichen persönlichen Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis erfüllen, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben und sich einer ärztlichen Einstellungsuntersuchung unterziehen.

Das Aufgabengebiet umfasst insbesondere:

- Erstellung von Informationssicherheitskonzepten und Risikoanalysen auf der Grundlage der BSI-Standards 100-x, insbesondere 100-2 und 100-3 bzw. der aktualisierten Standards 200-x (modernisierter Grundschutz), für IT-Systeme, Netze und Verfahren unter Verwendung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS)
- Durchführung von internen und externen Informationssicherheitsrevisionen (auch in anderen Bundesländern)
- Projektbezogene Qualitätssicherung und Beratung zu Fragen der Informationssicherheit und des Datenschutzes
- Erarbeitung und Fortschreibung von Richtlinien und Handlungsanweisungen
- Mitarbeit in landes- und bundesweiten Gremien
- Mitarbeit in Projekten
- Unterstützung des Systembetriebs (Monitoring von sicherheitsrelevanten Systemen)

Die o.g. Aufgaben werden in unterschiedlicher Ausprägung in folgenden Schwerpunktbereichen wahrgenommen:

- Landesweites Polizeiinformationssystem M-V (LAPIS)
- Digitalfunk
- weitere polizeiliche Netze sowie
- Einzelplatzsysteme

Anforderungsprofil:

- ein mit mindestens dem Bachelorgrad oder einem gleichwertigen Abschluss abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium auf dem Gebiet der Informatik, Wirtschaftsinformatik, Informations- und Nachrichtentechnik oder einer anderen technischen, mathematischen bzw. naturwissenschaftlichen Fachrichtung
- gute Kenntnisse auf dem Gebiet der Informationstechnik, insbesondere:
 - Informationssicherheit (BSI Standards 100-x/ISO 27001 bzw. BSI-Standards 200-x (modernisierter Grundschutz))
 - Rechnerarchitekturen, Betriebssysteme, Netzwerke und Kommunikationssysteme (vorrangig Windows, andere sind von Vorteil)
 - Risiken und Schwachstellen heutiger Anwendungssoftware und deren Betriebsumgebungen
 - Internettechnologien und Zertifizierungsverfahren
 - Programmiersprachen, Datenbanksysteme und Kommunikationstechnologien
- mehrjährige praktische Erfahrungen sind wünschenswert
- zusätzlich wünschenswert sind Erfahrungen in der Projektarbeit
- ziel- und lösungsorientierte Arbeitsweise
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- gute fachbezogene Englischkenntnisse
- hohe Einsatzbereitschaft, Belastbarkeit und Teamfähigkeit
- Bereitschaft zur regelmäßigen fachspezifischen Aus- und Fortbildung
- zwingend erforderlich ist der Führerschein der Klasse B

Der Nachweis über die o.g. geforderten Qualifikationen ist der Bewerbung in Kopie beizufügen.

Bitte übersenden Sie keine Bewerbungen in Bewerbungsmappen, Klarsichthüllen, Schnellheftern oder sonstigen fest miteinander verbundenen Seiten. Auch bei postalischen Bewerbungen wird, soweit vorhanden, um Angabe einer E-Mailadresse gebeten. Bewerbungen per E-Mail sollten die Anlagen, zusammengefasst in einer Datei (max. 6 MB), möglichst im PDF-Format enthalten.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei Einstellungsabsicht ein Auszug aus dem Bundeszentralregister (Führungszeugnis) gem. § 30 Absatz 5 Bundeszentralregistergesetz zur Vorlage bei einer Behörde abgefordert wird. Die Dienstposten erfordern das Bestehen einer Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern (SÜG M-V).

Die Landesregierung ist bestrebt, den Anteil der Frauen in allen Bereichen der Landesverwaltung, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Entsprechend qualifizierte Frauen werden ausdrücklich aufgefordert sich auf die ausgeschriebenen Stellen zu bewerben.

Die Dienstposten sind teilzeitfähig.

Schwerbehinderte Menschen und ihnen nach § 2 Abs. 3 SGB IX Gleichgestellte werden bei sonst gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt. Es wird daher empfohlen auf eine Schwerbehinderung bzw. Gleichstellung bereits im Anschreiben hinzuweisen.

Interessenten richten ihre aussagekräftige Bewerbung bis zum **15. Dezember 2017** an das

Landesamt für zentrale Aufgaben und Technik der Polizei,
Brand- und Katastrophenschutz Mecklenburg-Vorpommern
Dezernat 120
19048 Schwerin

Gerne nehmen wir Ihre Bewerbung auch per E-Mail entgegen.

E-Mail: dez120.lpbk@polmv.de

Bei ausländischen Bildungsabschlüssen wird um Übersendung entsprechender Nachweise über die Gleichwertigkeit mit einem deutschen Abschluss gebeten. Nähere Informationen hierzu können der Internetseite der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) unter www.kmk.org/zab entnommen werden.

Mit der Bewerbung verbundene Kosten können nicht erstattet werden. Bewerbungsunterlagen werden nur zurückgesandt, wenn ein ausreichend frankierter Rückumschlag beigelegt wird. Andernfalls werden sie nach Abschluss des Verfahrens aus datenschutzrechtlichen Gründen vernichtet.